

Kakophonie und Kooperation

Der Bundeskanzler entspricht Forderungen der faschistischen Regierungschefin Italiens und stellt die Bundesförderungen für in der zivilen Seenotrettung engagierte Hilfsorganisationen in Frage. Der Bundesfinanzminister versucht sich an den spärlichen Heimatüberweisungen Geflüchteter, an der bundesfinanzierten Migrationsberatung und an 20€ asylsuchender Kinder aus der Kindergrundsicherung schadlos zu halten. Die Bundestagsvizepräsidentin Göring-Eckhart ruft zur Ordnungspolitik und glaubt, u.a. Migrationsabkommen, Verfahrensbeschleunigung und schnelle Rückführungen würden potenziell Rechts Wählende besänftigen. Doch dieses Kalkül der Ampel ist bei den bayerischen und hessischen Landtagswahlen nicht aufgegangen.

Der rassistisch anmutende Alarmismus, der ebenso in Teilen der CDU mit besorgtem Blick nach noch weiter Rechts losgetretenen Debatte, entzweit derweil die kommunalen Spitzenverbände. Der Städtetag warnt – allerdings weniger aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern aus Angst vor der drohenden „logistischen Herausforderung“ – vor der Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete. Der in Ostholstein beheimatete Präsident des Deutschen Landkreistages fordert indes die Menschenwürde Asylsuchender durch ausschließliche Sachleistungen zu ersetzen – und im Übrigen im Asylverfahren Erfolglose abzuschieben.

Letzteres solle nur für diejenigen gelten, die nicht dem Bedarf des hiesigen Arbeitsmarktes entsprechen, befindet der Kieler OB beim ZDF-Talk. Überhaupt seien unter Geflüchteten viele mit einer hohen Bleibewahrscheinlichkeit, deswegen spreche nichts dagegen, dass sie von Beginn an einer Erwerbstätigkeit nachgingen, lässt sich die SPD-Fraktion im Bundestag hören. Unsinn! befindet die CDU und fordert stattdessen gemeinnützige Zwangsarbeit für Schutzsuchende.

Weder mit Blick auf die arbeitsmarktpolitischen und demographischen Bedarfe noch auf die guten Erfahrungen mit der Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung sei die Kakophonie der Parteien nachvollziehbar oder lösungsorientiert, beklagen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftswissenschaftler. Sie fordern – auch in diesem Heft – stattdessen, bestehende Hürden bei der arbeitsweltlichen Integration Geduldeter, unter denen es viele Fachkräfte gibt, abzubauen. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks verlangt gar mit Blick auf schon jetzt 250.000 unbesetzte Stellen im Handwerk die dysfunktionale Ausländerbürokratie zu entlasten, indem die Betriebe selbst entscheiden dürfen, wen sie einstellen wollen. Aber auch das würde nicht reichen, weiß die Wirtschaftsweise Malmendier, und fordert, die Anwerbung ausländischer Fachkräfte in der Welt zu beschleunigen.

In der so adressierten Welt sind schon 108 Millionen Menschen auf der Flucht und immer mehr sitzen schon auf gepackten Koffern. In einem Sahelstaat nach dem anderen übernehmen Militärs die Macht. Religiöse und säkulare Extremisten trachten danach, Staaten in failed states zu verwandeln, oder bauen sie, wie im Maghreb und im mittleren Osten, in für die Bevölkerung nicht minder lebensunwirtliche Autokratien um. Auch die vermeintlich „einzige Demokratie im Nahen Osten“ gerät in diesen Strudel und zwischen die Fronten innenpolitischer Massenproteste gegen die Demontage des Rechtsstaats auf der einen und bis dato beispielloser opferreicher militanter Gewalt aus dem Gaza-Streifen auf der anderen Seite. Sämtlich Push Faktoren für einen neuen Exodus.

Derweil schiebt sich mit dem im globalen Norden gemachten Klimawandel ein zusätzlicher Akteur unter den Fluchtgründen des globalen Südens

mit Gewalt in den Vordergrund. Weltweit müssen immer mehr Kinder und Jugendliche vor Naturkatastrophen und Extremwetter fliehen. Zwischen 2016 und 2021 seien rund 43 Millionen Kinder vor Überschwemmungen, Stürmen, Dürren oder Waldbränden innerhalb ihrer Heimatländer auf der Flucht gewesen, heißt es in einem UNICEF-Bericht. In den kommenden 30 Jahren könnten 100 Millionen Kinder und laut Weltbank doppelt so viele Erwachsene betroffen sein.

Wissen wir doch, denken die EU-Mitgliedsstaaten, und wappnen sich. Die EU-Innen- und Justizminister proklamieren im Sommer die Einigung beim künftigen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem – GEAS. Das enthält vor allem Grenzabschottung, Internierung, Pushbacks und Auslieferungsvereinbarungen, aber kaum noch Asyl und überhaupt keinen Ansatz mehr bei der Bekämpfung von Fluchtursachen. Und wenn die Not an Gewalt und Überlebensnöten am größten ist, soll eine Krisenverordnung ermöglichen, dass aus dem globalen Süden gar niemand mehr diesen Höllen entkommen kann.

Besonnen aber bleibt – obwohl insbesondere mit ihren Beratungsangeboten ins Fadenkreuz der öffentlichen Rotstifte geraten – die solidarische Zivilgesellschaft und macht Politik und Verwaltungen unbeirrt konstruktive Vorschläge zur Bewältigung der dringenden Herausforderungen bei der Integration von Drittstaatenangehörigen und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Gleichzeitig stehen bürgerschaftliche Initiativen angesichts steigender Zahlen Schutzsuchender aus Europa und aus der Welt zunehmend unter Druck und werben um Wertschätzung der Politik und weitere Unterstützer*innen. Sie sind es, die aktuell einmal mehr auch wissenschaftlich belegten gesellschaftlichen Rechtsentwicklungen zum Trotz Netzwerke der Solidarität mit den Opfern einer in Unordnung geratenen Welt bilden. Dabei hoffen sie auf eine gute Kooperation und Vernetzung mit der neuen schleswig-holsteinischen Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen in ihrem Engagement gegen Rassismus und für eine gute Bleibeperspektive für alle hierzulande Schutz Suchenden.

gez. Martin Link

Kiel, Oktober 2023

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper Nr. 107 wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.), Lara Massó, Maren Stallmann, Anne-Katrin Lothar · **Layout:** Kirstin Strecker · **Druck:** hansadruck, Kiel · **Fotos:** Titel (Mohammed Talatene/picture alliance), Seite 10 (Jon Tyson/unsplash), Seite 15 (Sammy Sander/unsplash), Seite 16 (Stijn Swinnen/unsplash), Seite 17 (Connection), Seite 19 (Hamel/Diakonie), Seite 20 (Landtag SH), Seite 33 (Asamw/unsplash), Seite 35 (Sai Abhinivesh Burla/unsplash), Seite 37 (Farid Ershad), Seite 39 (Sohaib Ghyasi/unsplash), Seite 41 (Wanman Uthmaniyah/unsplash), Seite 43 (Timon Studler), Seiten 44/45 (Al Hawajri), Seiten 59 (Moises Gonzalez/unsplash), Seite 60 (Lucas Metz), Seite 62 (Mitchel Lensing/unsplash), Seite 64 (Tabu), Seiten 67, 68 (Reinhard Pohl), Seite 71 (Lara Massó), Seite 77 (Stormseeker/unsplash)

ISBN: 978-3-941381-45-2

Schlepper online im Internet: www.frsh.de/schlepper
Adresse: Redaktion „Der Schlepper“ · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431 735000 · Fax: 0431 736077 · schlepper@frsh.de · www.frsh.de



Finanziert von der Europäischen Union

Deutschland für den UNHCR.